

Staat große Nachtheile daraus entstehen. Ich will nämlich zugeben, daß sich Leute finden möchten (sei es nun durch Actienvereine oder sonst), welche das Fortschaffen der Reisenden auf dem gedachten Haupttrakte und vielleicht auch noch auf einer oder der andern Hauptstraße übernahmen; allein auf den Nebenstraßen würde das gewiß nicht der Fall sein; diese, die minder frequenten und minder einträglichen, würden also dem Staate verbleiben, hier würde der Staat die Eilwagen zu halten haben, und so wäre auf Seiten des Letztern der Verlust, während auf der andern Seite den Eigenthümern der Privateilwagen der Gewinn zufiele. Jetzt überträgt der Gewinn auf den besuchten Haupttrakten den Verlust auf den weniger besuchten. Demnächst würde die Post auch noch manche andere Einnahme als das Passagiergeld einbüßen; es würden auf den Privateilwagen auch Pakete und Briefe mitgenommen werden, und sonach ebenfalls an dem Portoertrage eine Einbuße stattfinden, andere Schäden nicht zu verschweigen. Denn, verstehe ich die Position recht: „4400 Thlr. Nutzungen von Gebäuden“ so hängen diese mit den Posthaltereien zusammen; diese letztern aber würden bei der vorgeschlagenen neuen Einrichtung eingehen, da sie dann mit den Privatunternehmern nicht würden concurriren können. Solchemnach bin ich fest überzeugt, daß auf dem von der Deputation anempfohlenen Wege nicht nur kein Nutzen für den Staat erzielt, sondern im Gegentheil demselben ein großer Verlust zugesügt werden würde. — Indessen, wenn ich bestreite, daß durch eine dergleichen neue Einrichtung für die Reisenden eine große Zeitersparniß bewirkt werde, was die Deputation ganz besonders hervorgehoben hat, um den Vorschlag zur Annahme zu empfehlen, so kann ich doch nicht umhin, derselben darinnen beizustimmen, daß ihr Vorschlag den Reisenden eine wünschenswerthe Ersparniß an Gelde gewähren würde. Allein diese kann auch ohne selbigen eintreten durch eine Ermäßigung des Passagiergeldes, welches sich allerdings als zu hoch darstellt. Wenn ich übrigens die Ansicht ausgesprochen habe, daß der ganze Vorschlag sehr schwierig auszuführen sei, so ist der Grund dafür dieser, weil der Staat mit auswärtigen wegen der Eilposten und des gegenseitigen Fortschaffens der Reisenden auch solche Verträge abgeschlossen hat. Sobald hier Privaten eintreten, seien es nun Gesellschaften oder Einzelne, so weiß ich in der That nicht, ob die Nachbar-Staaten in die Aufhebung jener Verträge willigen, die für ihr Postwesen von unserm Staate ihnen jetzt gegebene Garantie aufgeben u. statt deren sich durch ein Uebereinkommen mit Privaten begnügen möchten; denn wer steht den auswärtigen Staaten dafür, daß diese Unternehmer die Pünctlichkeit beobachten, wie sie jetzt von unserm Staate beobachtet worden ist. Bei den Eilwagen liegt Alles daran, daß die Posten pünctlich und so eintreffen, wie dies in der Uebereinkunft bestimmt und dem Publikum bekannt gemacht worden ist. Wollen wir Privateilwagen statt der Posten eintreten lassen, so fehlt jede Garantie nicht nur für die Nachbar-Staaten, sondern auch für das Publikum. Jedenfalls würde es deshalb weitere Sicherheitsmaßregeln bedürfen, z. B. der geschärften Bestimmung, daß, wenn bei dergleichen Privateilwa-

gen ein Unglück vorkommt, die Unternehmer Mittel in Bereitschaft haben, auf der Stelle und sofort den weitem Transport fortzusetzen, große Conventionalstrafen im Fall des Säumnisses etc., wie dies in England der Fall ist. Alle diese Gründe bestimmen mich, mich gegen den Vorschlag der Deputation unter a., b. und c. auszusprechen. Noch aber sei mir erlaubt zu bemerken, daß der Antrag der Deputation unter 2., dem Staate eine Entschädigung durch die daselbst vorgeschlagene Abgabe zu verschaffen, der Staatskasse schwerlich einen hinlänglichen Ersatz bieten möchte, und überdies würden nur zu bald wieder dieselben Klagen wegen dieser Abgabe laut werden, welche beim vorigen Landtage in Betreff der frühern Lohnkutscherabgabe gehört wurden, die an solchem aufgehoben wurde. Nach meiner Meinung also, lasse man ja die zeitherige Einrichtung der Posteilwagen bestehen, und nur der Vorschlag unter d. finde die Genehmigung der Kammer, denn er beseitigt einen nicht zu billigen Zwang gegen das reisende Publikum.

Secr. Richter: Ich kann mich mit den Einwendungen, welche der Stellvertreter gegen den Vorschlag der Deputation gemacht hat, nicht vollkommen einverstehen. Zuvörderst, glaube ich, wird sich am leichtesten der Einwand widerlegen lassen, daß das Publikum von der vorgeschlagenen veränderten Einrichtung keinen Vortheil habe. Die Deputation hat geglaubt, daß dieser Vortheil theils in der schnelleren, theils in der billigeren Beförderung liege; was die billigere Beförderung anlangt, so wird schon die jetzige Erfahrung zum Beweis dafür dienen. Der Staat hat früher eine große Beschränkung gegen die Privaten hinsichtlich der Beförderung von Personen festgehalten; er hat das Postmonopol so ausgeübt, daß eigentliche Privatunternehmungen der Art, wie sie jetzt bestehen, gar nicht begründet werden konnten. Es mußte für jede Fuhre ein besonderer Postschein gelöst werden, und fand eine strenge Controle Seiten der Postämter statt. Sobald der Staat nach Einführung der neuen Gewerbesteuer diesen Zwang theilweise aufgab, sobald es gestattet wurde, daß gegen Erlegung einer Gewerbesteuer nach Zahl der Pferde, welche zu dergleichen Fuhren benutzt werden, von Privatpersonen der Personentransport besorgt werden konnte, mithin größere Freiheit in dieser eintrat, hat sich gezeigt, daß der Personentransport durch Privatfuhren bedeutend zugenommen hat. Es haben sich in vielen Städten des Landes Unternehmer gefunden, welche jetzt nach allen Richtungen, vorzüglich in die Hauptorte fahren, man hat aber nicht gehört und aus der Budgetvorlage der Staatsregierung nicht gesehen, daß dadurch der Personentransport durch die Post sich vermindert hätte. Die Deputation hat vielmehr gezeigt, daß Letzterer sich merklich vermehrt hat, obwohl die Transportmittel sich ebenfalls vermehrt haben, ein Beweis, daß das Bedürfnis vorhanden ist. Der Grund davon dürfte wohl mit in der Billigkeit der Beförderung durch das Privatfuhrwesen liegen, welche besonders für das weniger bemittelte Publikum nicht außer Berechnung zu lassen ist. Vergleicht man die Sätze, welche von der Staatskasse für die Beförderung auf den Eilwagen erhoben werden, mit denen, welche